

4337 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Bundesrates

Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 10. Juli 1992 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Kriegsopfersorgungsgesetz 1957, das Heeresversorgungsgesetz und das Verbrechensopfergesetz geändert werden (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1992 - SRÄG 1992)

Änderungen gegenüber dem Gesetzentwurf in 631 der Beilagen

Der Nationalrat hat anlässlich der Beschußfassung im Gegenstand gegenüber dem Gesetzentwurf in 631 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XVIII. GP, folgende Änderungen beschlossen:

1. Der Titel lautet:

"Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine  
Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche  
Sozialversicherungsgesetz,  
das Bauern-Sozialversicherungsgesetz,  
das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz,  
das Kriegsopfersversorgungsgesetz 1957,  
das Heeresversorgungsgesetz und  
das Verbrechensopfergesetz  
geändert werden  
(Sozialrechts-Änderungsgesetz 1992 - SRÄG 1992)"

2. Art. I Z 6 (§ 123 Abs. 4 Z 1) lautet:

"6. § 123 Abs. 4 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden,  
die ihre Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis  
zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die  
Angehörigeneigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des  
Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte  
Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein  
ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des  
§ 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967,  
BGBl. Nr. 376, betreiben;""

3. Art. I Z 7 (§ 252 Abs. 2 Z 1) lautet:

"7. § 252 Abs. 2 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befindet,  
die seine Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens  
bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die  
Kindeseigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des  
Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte  
Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein

ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;""

4. Dem Art. I Z 12 (§ 548) wird nach Abs. 4 des § 548 ein Abs. 5 mit folgendem Wortlaut angefügt:

"(5) § 252 Abs. 2 Z 1 erster Halbsatz in der vor dem 1. September 1992 geltenden Fassung, ist in allen Fällen weiter anzuwenden, in denen das Kind das 18. Lebensjahr vor dem 1. September 1992 vollendet hat und eine im § 1 des Studienförderungsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 436, genannte Einrichtung besucht hat."

5. Art.II Z 1 (§ 83 Abs. 4 Z 1) lautet:

"1. § 83 Abs. 4 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, die ihre Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Angehörigeneigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;""

6. Art. II Z 2 (§ 128 Abs. 2 Z 1) lautet:

"2. § 128 Abs. 2 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befindet, die seine Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Kindeseigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein

ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBI. Nr. 376, betreiben;”

7. Dem Art. II Z 7 (§ 257) wird nach Abs. 3 des § 257 ein Abs. 4 mit folgendem Wortlaut angefügt:

“(4) § 128 Abs. 2 Z 1 erster Halbsatz in der vor dem 1. September 1992 geltenden Fassung, ist in allen Fällen weiter anzuwenden, in denen das Kind das 18. Lebensjahr vor dem 1. September 1992 vollendet hat und eine im § 1 des Studienförderungsgesetzes 1983, BGBI. Nr. 436, genannte Einrichtung besucht hat.”

8. Art. III Z 1 (§ 78 Abs. 4 Z 1) lautet:

“1. § 78 Abs. 4 Z 1 lautet:

“1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, die ihre Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Angehörigeneigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBI. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBI. Nr. 376, betreiben;”

9. Art. III Z 2 (§ 119 Abs. 2 Z 1) lautet:

“2. § 119 Abs. 2 Z 1 lautet:

“1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befindet, die seine Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Kindeseigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBI. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein

- 5 -

ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;""

10. Dem Art. III Z 7 (§ 244) wird nach Abs. 3 des § 244 ein Abs. 4 mit folgendem Wortlaut angefügt:

"(4) § 119 Abs. 2 Z 1 crater Halbsatz in der vor dem 1. September 1992 geltenden Fassung, ist in allen Fällen weiter anzuwenden, in denen das Kind das 18. Lebensjahr vor dem 1. September 1992 vollendet hat und eine im § 1 des Studienförderungsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 436, genannte Einrichtung besucht hat."

11. Art. IV Z 1 (§ 56 Abs. 3 Z 1) lautet:

"1. § 56 Abs. 3 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, die ihre Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Angehörigeneigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;""

12 Art. IV Z 2 (§ 105 Abs. 3 Z 1) lautet:

"2. § 105 Abs. 3 Z 1 lautet:

"1. sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befindet, die seine Arbeitskraft überwiegend beansprucht, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; die Kindeseigenschaft von Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, verlängert sich nur dann, wenn sie ein

- 6 -

ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;""

13. Dem Art. IV Z 5 (§ 174) wird nach Abs. 3 des § 174 ein Abs. 4 mit folgendem Wortlaut angefügt:

"(4) § 105 Abs. 3 Z 1 erster Halbsatz in der vor dem 1. September 1992 geltenden Fassung, ist in allen Fällen weiter anzuwenden, in denen das Kind das 18. Lebensjahr vor dem 1. September 1992 vollendet hat und eine im § 1 des Studienförderungsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 436, genannte Einrichtung besucht hat."

14. Nach Art. IV werden folgende Art. V bis IX angefügt:

**"Artikel V  
Änderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957**

Das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 687/1991, wird wie folgt geändert:

§ 41 Abs. 1 Z 1 lautet:

"1. wegen wissenschaftlicher oder sonstiger regelmäßiger Schul- oder Berufsausbildung sich noch nicht selbst erhalten kann, bis zur ordnungsmäßigen Beendigung der Ausbildung, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Waisen, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, gebührt die Rente nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, betreiben;"

- 7 -

## Artikel VI Änderung des Heeresversorgungsgesetzes

Das Heeresversorgungsgesetz, BGBI. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBI. Nr. 687/1991, wird wie folgt geändert:

§ 40 Abs. 1 Z 1 lautet:

"1. wegen wissenschaftlicher oder sonstiger regelmäßiger Schul- oder Berufsausbildung sich noch nicht selbst erhalten kann, bis zur ordnungsmäßigen Beendigung der Ausbildung, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Waisen, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBI. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, gebürt die Rente nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBI. Nr. 376, betreiben;"

## Artikel VII Änderung des Verbrechensopfergesetzes

Das Verbrechensopfergesetz, BGBI. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBI. Nr. 687/1991, wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 6 Z 1 lautet:

"1. wegen wissenschaftlicher oder sonstiger regelmäßiger Schul- oder Berufsausbildung sich noch nicht selbst erhalten können, bis zur ordnungsmäßigen Beendigung der Ausbildung, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Kindern, die eine im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992,

- 8 -

BGBI. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, gebührt die Hilfe nur dann, wenn sie ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBI. Nr. 376, betreiben;"

**Artikel VIII  
Übergangsbestimmung**

§ 41 Abs. 1 Z 1 des  
Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957, § 40 Abs. 1 Z 1 des  
Heeresversorgungsgesetzes und § 1 Abs. 6 Z 1 des  
Verbrechensopfergesetzes in der bisherigen Fassung sind  
weiterhin anzuwenden, wenn die Waisenrenten und die Hilfe  
über das 18. Lebensjahr hinaus bereits vor dem  
1. September 1992 zuerkannt worden sind.

**Artikel IX  
Inkrafttreten**

Die Art. V bis VIII treten mit 1. September 1992 in Kraft."